

Gemeinderat von Zürich

25.11.98

Postulat

von Hans Diem (CVP) und
5 Mitunterzeichnenden

GR Nr. 98/396

Der Stadtrat wird eingeladen, auf die Tarifpolitik des EWZ so einzuwirken, dass Quersubventionierungen ausgeschlossen werden.

Begründung:

Die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes und die Umsetzung des New Public Managements führen dazu, dass auch dem EWZ mehr unternehmerischer Spielraum eingeräumt werden soll. Dadurch reduziert sich die Kompetenz des städtischen Parlaments auf die Stellungnahme zu einem Globalbudget in der heutigen Grössenordnung von einer halben Milliarde Franken, das neben kalten Abschreibungen u. a. auch eine Gewinnablieferung an die allgemeine Staatskasse von 6% bis 9% vorsieht. Praktisch ausgeschlossen ist die parlamentarische Mitsprache hingegen in der Tarifpolitik. Dies ist umso störender, als heute beträchtliche Quersubventionierungen in der Höhe von Dutzenden von Millionen Franken festgestellt werden müssen. Diese liegen weder im Interesse einer modernen Energiepolitik (z.B. Energie 2000, Energienutzungsbeschluss, Energielenkungsabgaben) noch im Interesse der Steuerzahler und Stromkonsumenten. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Industriebezüger (Hoch- und Niedertarif), Privathaushalte und öffentliche Beleuchtung. Gemäss Bundesbeschluss für eine sparsame und rationelle Energienutzung sind „die Kosten für die Energiegewinnung, -bereitstellung und -verteilung möglichst jenen Verbrauchern anzurechnen die sie verursachen“. Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, auf die Tarifpolitik des EWZ so einzuwirken, dass Quersubventionierungen ausgeschlossen werden und die Stadtzürcher Tarifpolitik mit jener der Stadt Winterthur und des Kantons Zürich abgestimmt wird.

Hans Diem
 [Signature]
 [Signature]
 [Signature]
 K. Thies